

Prüfungsinhalte der Abschlussprüfung gem. § 7 Abs. 5 ReNoPatAusbV

Teil 3 – Rechtsanwendung

Hier soll der Prüfling nachweisen, dass er in der Lage ist,

a) Sachverhalte, insbesondere in den Bereichen des bürgerlichen Rechts sowie des Gesellschafts-, Wirtschafts- und Europarechts, rechtlich zu erfassen und zu beurteilen, (AusbRP B 1.1, B 1.2, F 2)

- Ansprüche aus Kauf-, Miet-, Darlehens-, Dienst-, Werk-, Leih-, Schenkungs- und Pachtvertrag begründen
- Ansprüche aus unerlaubter Handlung und ungerechtfertigter Bereicherung unterscheiden
- Geschäftsführung ohne Auftrag
- Arten, Erwerb, Belastung und Untergang von Besitz und Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen unterscheiden
- Ansprüche aus Erb- und Unterhaltsrecht prüfen
- Verlobung, Eheschließung, Eheverbote, Wirkungen der Ehe, Güterstand, nichteheliche Lebensgemeinschaft, eingetragene Lebenspartnerschaft
- Eltern-Kind-Verhältnis, elterliche Sorge, Umgangsrecht, Verwandtschafts- und Schwägerschaftsgrade
- Aufhebung Ehe, Ehescheidung, Zugewinnausgleich beim gesetzlichen Güterstand, Grundsätze bei Hausratsteilung/Zuweisung Ehwohnung/Versorgungsausgleich
- Haftungs- und Vertretungsumfang der Kaufleute und Unternehmensformen bei der Prüfung und Durchsetzung von Ansprüchen berücksichtigen
- Bürogemeinschaft
- Gesellschaftsverträge für Personen- und Kapitalgesellschaften vorbereiten
- Besonderheiten des Handelskaufs, auch im europäischen Bezug, berücksichtigen
- Kreditarten nach Verwendungsmöglichkeiten und Sicherheiten unterscheiden

b) Maßnahmen im Zivilprozess- und Zwangsvollstreckungsrecht vorzubereiten, durchzuführen und zu kontrollieren, (AusbRP A 4.3b, B 1.2, B 1.3, B 2)

- Voraussetzungen für das Mahnverfahren prüfen sowie Anträge auf Erlass von Mahn- und Vollstreckungsbescheiden entwerfen und einreichen
- europäisches Mahnverfahren anwenden
- Zuständigkeiten der Gerichte bei verschiedenen Klagearten prüfen
- Anträge auf Bewilligung der Prozesskosten- und Beratungshilfe
- Ablauf eines zivilrechtlichen Verfahrens den Mandanten erläutern und Maßnahmen einleiten
- Folgen gerichtlicher Endentscheidungen einschließlich Rechtsmittel und Rechtsbehelfe prüfen und Maßnahmen einleiten
- Verfahrensfristen erfassen, berechnen und kontrollieren
- Voraussetzungen der Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand
- selbständiges Beweisverfahren
- Urkundenprozess
- Verfahren der Zwangsvollstreckung unterscheiden (bewegliches/unbewegliches Vermögen, Forderungen, ZV zur Vornahme von Handlungen)
- Organe, Arten und Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung ermitteln
- Zwangsvollstreckung wegen einer Geldforderung in das bewegliche und unbewegliche Vermögen des Schuldners einleiten
- ZV andere Vollstreckungsarten (Zug um Zug, Herausgabe, nicht vertretbare Handlungen etc.)
- Anträge zur Abgabe der Vermögensauskunft und zur Haft stellen
- Einwendungen in der Zwangsvollstreckung unterscheiden, Fristen berechnen

- Zwangsvollstreckung aus europäischen Titeln einleiten, deutsche Titel im europäischen Ausland vollstrecken

c) fachkundliche Texte zu formulieren und zu gestalten; (AusbRP A 2.5, B 1.1, B 1.3)

- fachkundliche Textbausteine und Formulare entwickeln
- Textverarbeitungssysteme/-programme wirtschaftlich und aufgabenorientiert einsetzen
- Mahn- und Kündigungsschreiben
- Deckungsanfragen und weitere Schreiben an Rechtsschutzversicherungen
- Schreiben zur Geltendmachung von Ansprüchen aus Besitz und Eigentum
- Mängelrüge, Lieferungsverzug, Zahlungsverzug
- außergerichtliches Aufforderungsschreiben (= Anspruchsschreiben) unter Berücksichtigung der Ziele und Folgen
- Klageschrift
- Ablauf eines zivilrechtlichen Verfahrens den Mandanten erläutern
- Einlegung von Rechtsmitteln und Rechtsbehelfen (Berufung, Revision)
- Fristverlängerungs- und Terminverlegungsanträge
- weitere gerichtliche Schriftsätze (Übersendung von Belegen, Mitteilung ladungsfähige Anschrift von Zeugen etc.)
- Scheidungsantrag (nur Anträge)
- Anträge an das Familiengericht (Versorgungsausgleich, Unterhalt etc.)
- Anträge einer Stufenklage (Auskunft/Zahlung beim Pflichtteilsanspruch)
- Schreiben an Schuldner bei Ausbleiben einer Teilzahlung
- Antrag auf sofortige Beschwerde und Erinnerung in der ZV
- Antrag auf vorläufiges Zahlungsverbot
- Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz
- Schreiben an Mandanten zur Information über den Sachstand

Die fachbezogene Anwendung der englischen Sprache ist zu berücksichtigen. (AusbRP A 1.3, B 1.3)

- Auskünfte erteilen und einholen
- Informationen aufgabenbezogen auswerten
- kurze Standardschreiben verfassen
- außergerichtliches Aufforderungsschreiben (= Anspruchsschreiben) unter Berücksichtigung der Ziele und Folgen formulieren
- Ablauf eines zivilrechtlichen Verfahrens den Mandanten erläutern